

Europa für Alle



Inhalt

- 3** **Wir feiern 25 Jahre Europa für alle!**
- 5** **Nachrichten aus der Europäischen Union**
- 11** **Nachrichten zur Selbstvertretung**
- 19** **Unterstützte Entscheidungsfindung:
Was und warum sie wichtig ist**
- 20** **Anmerkung der Redaktion**
- 22** **Das Recht, eigene Entscheidungen zu treffen**
- 25** **Was sich ändern muss: Probleme**
- 27** **Was sich ändern muss: Lösungen**
- 29** **Beispiele für unterstützte
Entscheidungsfindung in Europa**
- 32** **Was Sie tun können**
- 33** **Glossar**

Wir feiern 25 Jahre 'Europa für alle'!

Dieses Jahr feiern wir 25 Jahre 'Europa für alle'!

'Europa für alle' gibt es seit November 2001.

'Europa für alle' ist eine Zeitschrift in einfacher Sprache.

'Europa für alle' erscheint 4 mal im Jahr.

'Europa für alle' erklärt Themen,

die für Menschen mit intellektueller Behinderung wichtig sind

und berichtet über Selbstvertretung aus ganz Europa.



Die erste Ausgabe von 'Europa für alle' erschien auf Englisch.

Später erschien 'Europa für alle' auch in anderen Sprachen:

- Deutsch
- Französisch
- Spanisch
- Rumänisch
- Ungarisch
- Italienisch
- Niederländisch

Zum 25-jährigen Jubiläum von 'Europe für alle' kommen neue Sprachen dazu:

- Schwedisch
- Tschechisch
- Slowenisch
- Ukrainisch
- Portugiesisch

'Europa für alle' wird von jetzt an noch mehr Geschichten von Selbst·vertreter*innen erzählen.

Wenn Sie eine Geschichte haben, die Sie teilen möchten, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail an comms@inclusion.eu.



Nachrichten aus der Europäischen Union



Konferenz in Zypern



Im Mai fand eine Konferenz in Zypern statt.

Das Thema war **unterstützte Entscheidungs·findung**.

Hadja Lahbib stellte Änderungen an der **Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderung** vor.

Hadja Lahbib ist die **Kommissarin für Gleich·stellung** der Europäischen Union,

Teil·nehmer*innen der Konferenz besprachen, wie unterstützte Entscheidungs·findung Menschen mit intellektueller Behinderung helfen kann:

- selbst·bestimmter zu leben,
- komplizierte Informationen zu verstehen,
- am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Regierungs·vertreter*innen aus Malta, Irland und Spanien sprachen darüber, was sie in ihren Ländern für die unterstützte Entscheidungs·findung tun.

Einigung über Schutz von Erwachsenen in der Europäischen Union

Der **Rat der Europäischen Union** und das Europäische Parlament haben sich auf neue Regeln zur **Rechts·fähigkeit** geeinigt.

Diese Regeln sind für Menschen mit **eingeschränkter Rechts·fähigkeit**, die von einem Land in ein anderes Land in der Europäischen Union reisen.

Die Regeln sollen reisen und umziehen in der Europäischen Union für Menschen mit eingeschränkter Rechts·fähigkeit leichter machen.

Die Menschen können ein Online-Dokument bekommen, das ihren Rechts·fähigkeits·status zeigt.

Die Regeln sagen, dass Menschen zugehört werden muss, bevor eine Entscheidung über ihr Leben getroffen wird.

In den Regeln steht auch, dass Informationen über Menschen, die Unterstützung brauchen gelöscht werden müssen.

Das ist gut, weil es die Privat·sphäre der Menschen schützt.



Litauen arbeitet an besseren Gesetzen für unterstützten Entscheidungsfindung

Litauen hat 2024 sein Gesetz verändert.

Seit dem erkennt das Gesetz unterstützte Entscheidungsfindung als normal an.

Um zu lernen, wie das Gesetz praktisch umgesetzt werden kann sprach die litauische Regierung mit Menschen im ganzen Land.

Jetzt werden neue Dienste für unterstützte Entscheidungsfindung entwickelt.

Trotzdem gibt es noch Gesetze die das Recht auf Selbstbestimmung einschränken. Deswegen überlegt die Regierung das Gesetze noch mehr zu ändern, damit Menschen mit intellektueller Behinderung mehr Kontrolle über ihr eigenes Leben haben können.

Litauen macht einen Schritt in die richtige Richtung. Das ist gut, auch wenn es noch mehr zu tun gibt.



‘Europe in Action’ - Konferenz

Im Mai 2026 fand die Konferenz „**Europe in Action**“
in der italienischen Stadt Vicenza statt.

„Europe in Action“ ist eine Konferenz.

“Europe in Action“ wird alle 2 Jahre von Inclusion Europe organisiert.

Die Konferenz ist für Menschen mit intellektueller Behinderung und ihre Familien.

Die Konferenz ist auch für Organisationen, die sich für die Rechte
von Menschen mit intellektueller Behinderung einsetzen.

In diesem Jahr gab es über 500 Teil·nehmer*innen.

Die Teil·nehmer*innen der Konferenz sprachen über viele
verschiedene und wichtige Themen.

Zum Beispiel darüber, wie gute Unterstützung aussieht.

Sie sprachen auch über Probleme, die Menschen mit intellektueller
Behinderung und ihre Familien täglich erleben.

Und darüber, was Regierungen und Organisationen machen,
um diese Probleme zu lösen.



Generalversammlung von Inclusion Europe



Inclusion Europe hatte Generalversammlung.

Die Generalversammlung ist ein Treffen,
bei der alle Mitglieder von Inclusion Europe zusammenkommen
und über wichtige Angelegenheiten entscheiden.

Die Mitglieder von Inclusion Europe begrüßten ihre neue Präsidentin.

Die neue Präsidentin heißt Jeanne Nicklas-Faust.

4 Personen wurden neu gewählt.

Sie sind jetzt Mitglieder im Vorstand von Inclusion Europe:

- Olena Melnyk aus der Ukraine.
- Roberto Speziale aus Italien.
- Ashley Ryan aus Schottland.
- Rosa Couto aus Portugal.

3 Organisationen sind jetzt neue Mitglieder von Inclusion Europe:

- Inclusion Armenia
- Keystone Moldawien
- PIAM

PIAM ist die nationale Selbstvertretungsorganisation aus Italien.

Neues aus der Selbst·vertretung



EPSA hat ein neues Mitglied in der Lenkungsgruppe!

Ellis Jongerius wurde im April gewählt Mitglied der Lenkungsgruppe der Europäischen Plattform der Selbstvertreter zu sein.

Die Europäische Plattform der Selbstvertreter wird kurz EPSA genannt.

EPSA besteht aus Selbstvertretungsorganisationen, die Mitglieder von Inclusion Europe sind.

Die EPSA-Lenkungsgruppe besteht aus 5 Selbstvertreter*innen.

Sie treffen sich regelmäßig, um über die Arbeit der EPSA zu beraten und zu entscheiden.

Ellis Jongerius ist seit vielen Jahren Selbstvertreterin.

Ellis ist die Geschäftsführerin von LFB.

LFB ist eine Selbstvertretungsorganisation in den Niederlanden.

Ellis sagt:

„Eine intellektuelle Behinderung zu haben, bringt viele Herausforderungen mit sich. Diese Herausforderungen enden nicht an der niederländischen Grenze. Gemeinsam können wir in Europa mehr erreichen.“



Erstmals wurden Menschen mit intellektueller Behinderung in den Vorstand vom European Disability Forum gewählt.

Soufiane El Amrani und Joachim Busch wurden in den Vorstand vom European Disability Forum gewählt.

Sie sind die ersten Menschen mit intellektueller Behinderung im Vorstand vom European Disability Forum.

Das European Disability Forum wird auch EDF genannt.

EDF ist eine Organisation, die Menschen mit verschiedenen Behinderungen aus ganz Europa vertritt.

Soufiane El Amrani wurde von Inclusion Europe für den EDF-Vorstand nominiert.

Soufiane wurde gewählt, um europäische Behinderten·rechts·organisationen zu vertreten.

„Ich möchte Informationen in einfacher Sprache, mehr Barriere·freiheit und Teilhabe.

Ich werde auch dafür arbeiten, dass Europa aufhört, Menschen in Einrichtungen unterzubringen.

Jeder muss die Möglichkeit haben, in seinem eigenen Zuhause und in der Gemeinschaft zu leben.“

Soufiane El Amrani

Joachim Busch wurde vom Deutschen Behinderten·rat
für den EDF-Vorstand nominiert.

Joachim wurde gewählt, um nationale
Behinderten·rechts·organisationen zu vertreten.

Die beiden Selbst·vertreter wurden bei der General·versammlung
vom European Disability Forum im Mai 2026 auf Zypern gewählt.

„Ich freue mich, dass ich gewählt wurde,
und dass ich meine Erfahrungen einbringen kann.“

Joachim Busch



Selbst·vertreterin aus Irland vertritt Menschen mit intellektueller Behinderung beim Jugend·dialog

Tamara Byrne ist Selbst·vertreterin aus Irland.

Tamara Byrne nahm an einem Jugend·dialog in Brüssel teil.

Jugend·dialoge sind Treffen, bei denen jungen

Menschen eine*n EU-Kommissar*in treffen.

Diese Treffen werden von der Europäischen Kommission organisiert.

An diesem Treffen nahmen 20 junge Menschen mit Behinderung teil.

Sie sprachen über:

- Arbeit,
- Selbst·bestimmtes Leben,
- Zugang zur digitalen Welt,
- Teil·habe am gesellschaftlichen Leben.

Tamara Byrne sprach mit Hadja Lahbib.

Hadja Lahbib ist EU-Kommissarin für Gleich·stellung.

Tamara sprach darüber, wie wichtig es ist, einen Arbeits·platz zu haben.

Und dass viele Menschen mit Behinderung immer noch von Armut betroffen sind.

Tamara sagte, dass Menschen mit intellektueller Behinderung

die gleichen Chancen auf dem Arbeits·markt brauchen, wie alle anderen.

Tamara forderte mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und Arbeit·geber.

Sie sagte dass Menschen mit Behinderungen arbeiten können müssen,

ohne ihre Grund·sicherung zu verlieren.



Selbstvertreterin aus Rumänien vertritt Menschen mit geistiger Behinderung beim Jugendforum zum Thema Sport

Andrea Herbei ist Selbstvertreterin. Sie ist auch Vorsitzende der rumänischen Selbstvertretungsorganisation "Ceva de Spus".

Andrea ist auch Sportlerin im Rollstuhl.

Sie spielt Basketball.

Andrea traf sich mit Glenn Micallef, im Mai 2026.

Glenn Micallef ist EU-Kommissar für Jugend, Sport und Kultur.

Das Treffen war Teil eines Jugenddialogs.

Jugenddialoge bringen junge Menschen mit EU-Kommissar*innen zusammen.

Dort reden sie gemeinsam über verschiedene Themen.

Andrea war eine von 25 Teilnehmer*innen aus Europa.

Das Thema war die Zukunft von Sport.

Andrea sprach über die Bedeutung des Sports für Menschen mit intellektueller Behinderung.

Sie sprach darüber, dass Sport hilft Selbst-vertrauen und Freund-schaften aufzubauen.

Und dass Sport Menschen das Gefühl gibt, Teil einer Gemeinschaft zu sein.

Andrea sprach auch über die 1 Million Menschen mit intellektueller Behinderung die in Europa in Einrichtungen leben.

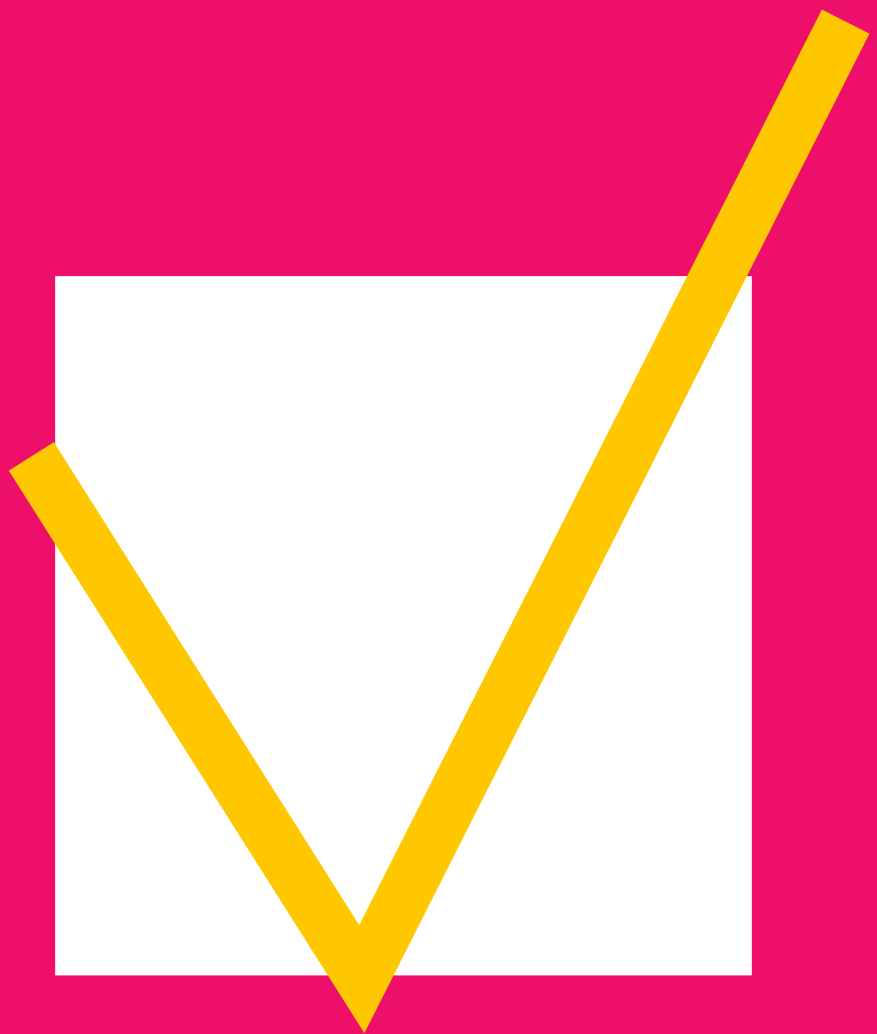
Sie haben keinen Zugang zu Sport und der Gemeinschaft.

„Wir alle wollen ein erfülltes Leben in der Gemeinschaft“

Andrea Herbei



**Unterstützte
Entscheidungs·findung:
Was und warum es
wichtig ist**



Anmerkung der Redaktion

Das Leben ist voller Entscheidungen.

Was soll ich anziehen?

Wo will ich leben?

Wen will ich wählen?

Manche Entscheidungen sind groß, andere klein.

Manche Entscheidungen sind leicht, andere schwer.

Wenn mir eine Entscheidung schwer fällt, bitte ich jemanden,
dem ich vertraue, um Rat.

Ich frage meine Familie oder meine Freunde.

Ich frage auch meine Unterstützer.

Ich stelle Fragen und nehme mir Zeit.

Dann entscheide ich.

Das ist ganz normal.

Jeder braucht mal Unterstützung.

Aber manche Leute denken, dass ich,
weil ich eine intellektuelle Behinderung habe,
nicht selbst entscheiden kann.

Das ist falsch.

Entscheidungen über mein Leben gehören mir.

Das ist mein Recht.

Das ist unser Recht.

Trotzdem gibt es viele Schwierigkeiten.

Viele Informationen sind nicht in Leichter Sprache.

Politiker*innen drücken sich nicht immer klar aus.

Viele Menschen hören nicht darauf, was wir wollen.

Wir brauchen niemanden, der uns die Entscheidung abnimmt.

Wir brauchen Menschen, die uns die richtige Unterstützung geben.

Dann können wir, genau wie alle anderen auch,
endlich frei über unser eigenes Leben entscheiden.

Soufiane El Amrani



Das Recht, eigene Entscheidungen zu treffen

Menschen treffen jeden Tag Entscheidungen.

Es ist wichtig, eigene Entscheidungen zu treffen.

Entscheiden hilft uns zu wachsen.

Es baut Selbst-vertrauen auf und erlaubt uns selbst-bestimmt zu sein.

Entscheiden ist ein Recht.

Aber in vielen europäischen Ländern dürfen Menschen mit intellektueller Behinderung keine eigenen Entscheidungen treffen.

Vielen von uns wird **die Rechts-fähigkeit** weg-genommen.

Rechts-fähigkeit bedeutet, dass das Gesetz deine Entscheidungen anerkennt.

Wenn deine Entscheidungen nicht anerkannt werden, kann man daran gehindert werden:

- über das eigene Geld zu verfügen,
- über die eigene medizinische Versorgung zu entscheiden,
- zu entscheiden, wo und mit wem man lebt,
- zu wählen.

Das Gericht kann entscheiden, dass jemand anderes Entscheidungen für uns trifft.

Diese Person wird **Vormund** genannt.

Ein Vormund kann über wichtige Dinge entscheiden.

Zum Beispiel über dein Geld, deine Gesundheit, und wie du wohnst.

Wenn man einen Vormund hat, steht man **unter Vormund·schaft**.

Manche glauben, dass Vormund·schaft Menschen mit intellektueller Behinderung schützt.

Aber es ist kein Schutz, wenn es einem die Rechte nimmt.

Einen Vormund zu haben ist kann schwierig sein.

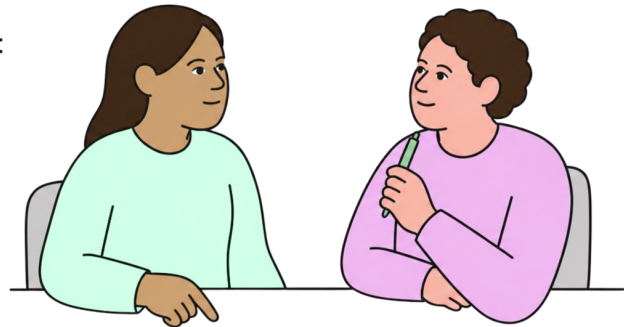
Ein Vormund darf Entscheidungen für dich treffen.

Das nennt man **Entscheidungs·vertretung**.

Aber diese Person muss nicht unbedingt tun, was du möchtest.

Wenn du Unterstützung von jemandem bekommst, der:

- dir Dinge klar erklärt,
- dir Rat·schläge gibt, wenn du darum bittest,
- dir hilft, zu sagen was du möchtest,
- deine Entscheidung respektiert,



dann spricht man von **unterstützter Entscheidungs·findung**.

Dein*e Unterstützer*in sollte jemand sein, dem Du vertraust.

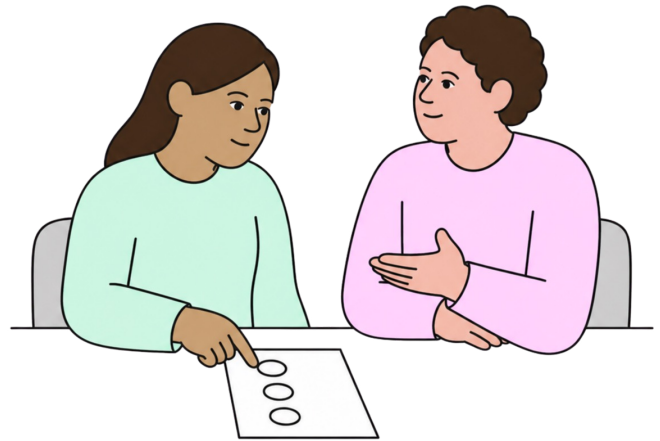
Dein*e Unterstützer*in kann ein*e Freund*in, ein Familien·mitglied oder ein Dienst·leister sein.

Solange es jemand ist, der deine Entscheidung respektiert.

Auch wenn deine Entscheidung anders ist als der Rat den du bekommst.

Unterstützer*innen können bei Entscheidungen helfen, zum Beispiel:

- wie man sein Geld ausgibt.
- wen man wählt.
- ob man heiratet und eine Familie gründet.
- wie man wohnen will.
- wo und was man arbeiten will.



Manche Menschen kommunizieren nicht mit Worten.

Sondern mit Gesten, Lauten, Mimik oder indem sie auf Bilder zeigen.

Menschen, die ohne Worte kommunizieren, haben das gleiche Recht, Entscheidungen zu treffen, wie alle anderen auch.

Manche Menschen brauchen mehr Zeit, um eine Entscheidung zu treffen.

Unterstützer*innen müssen verstehen, wie die Person kommuniziert, und die Wünsche der Person respektieren.

„Wir müssen mutig sein und wissen, dass unsere Meinung zählt!

Wir sind die Experten unseres eigenen Lebens.

Wir wissen, welche Unterstützung wir brauchen!“

Selbstvertreter aus Ungarn

„Jetzt entscheide ich selbst, ob und wohin ich am Wochenende gehe.

Früher haben andere für mich entschieden.“

Selbstvertreterin aus Spanien

Was sich ändern muss: Probleme

Unterstützte Entscheidungsfindung funktioniert.

Aber nur, wenn Länder dafür sorgen, dass alles gut organisiert ist.

Das ist nicht immer der Fall.

Manchmal:

1. Ist die Unterstützung nicht überall gleich.

In manchen Bereichen, funktioniert das Gesetz nicht so, wie es soll.

Zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, oder in Banken.

Oft wird dort die unterstützte Entscheidungsfindung nicht angewendet.

In **Deutschland** fragen manche Ärzte nur deine*n

rechtliche*n Betreuer*in um Erlaubnis.

Das ist ein Problem.

Wenn Ärzte nicht direkt mit dir sprechen,

können sie deine Entscheidung nicht kennen.

2. Unterstützer*innen sind nicht geschult.

Sie wissen nicht:

- was unterstützte Entscheidungsfindung ist.
- wie man klar kommuniziert.
- welche Rechte Menschen mit intellektueller Behinderung haben.

In **Schweden** verhalten sich Unterstützer*innen manchmal wie Vormunde.
Das bedeutet, dass sie einfach Entscheidungen treffen, ohne zuzuhören.
Dabei sollen sie der Person mit intellektueller Behinderung dabei unterstützen eigene Entscheidung zu treffen.

3. Es gibt nicht genügend Unterstützer*innen und Dienstleister

Es kann schwierig sein, gute Unterstützung zu finden.

In Ungarn gibt es mehr Menschen, die Unterstützung brauchen,
als Dienstleister, die Unterstützung anbieten.

4. Familien von Menschen mit intellektueller Behinderung haben nicht ausreichend Informationen.

In diesem Fall wissen Familien oft nicht,
was unterstützte Entscheidungsfindung ist und wie man sie anwendet.

5. Manche Menschen glauben, dass unterstützte Entscheidungsfindung nicht für alle ist.

Manche Menschen glauben, dass unterstützte Entscheidungsfindung
bei Menschen mit komplexen Behinderungen nicht funktioniert.

In der **Schweiz** wird einem die Rechtsfähigkeit entzogen,
wenn das Gesetz sagt, dann man nicht 'entscheidungs-fähig' ist.
Das passiert oft bei Menschen mit komplexen Behinderungen.



Was sich ändern muss: Lösungen

Damit die unterstützte Entscheidungsfindung für alle funktioniert, ist es wichtig, dass Länder sich ändern.

Die Länder müssen:

1. Die Gesetze ändern.

Die Länder müssen ihre Gesetze ändern, damit Menschen mit intellektueller Behinderung ihre eigenen Entscheidungen treffen können und alle Informationen haben, die sie dafür brauchen.

Das Gesetz muss sicherstellen, dass unterstützte Entscheidungsfindung:

- für alle verfügbar ist,
- leicht zugänglich ist,
- bezahlbar ist,
- die Wünsche der Person respektiert.

2. Geld für gute Unterstützung geben.

Regierungen müssen Geld in gute Unterstützung investieren damit die Entscheidungsfindung funktioniert.

Das Geld soll verwendet werden für:

- Schulungen für Unterstützer*innen.
- die Erstellung von Informationen in Leichter Sprache.
- die Unterstützung von Selbstvertretungsgruppen.



3. Menschen mit intellektueller Behinderung vertrauen, dass sie ihre eigenen Entscheidungen treffen können.

Wir, Menschen mit intellektueller Behinderung,
sind Experten in unseren eigenen Leben.

Unsere Regierungen müssen darauf vertrauen,
dass wir wissen, was am besten für uns ist.

Menschen mit intellektueller Behinderung treffen
vielleicht auch mal eine falsche Entscheidung, so wie jeder andere auch.
Fehler zu machen ist ein normaler Teil des Lebens.
Menschen lernen aus ihren Fehlern und ihren Entscheidungen.
Fehler zu machen ist kein Grund, jemandem seine Rechte wegzunehmen.



Beispiele für unterstützte Entscheidungsfindung in Europa

Immer mehr Länder verstehen, dass sie unterstützte Entscheidungsfindung anwenden müssen.

In manchen Ländern gibt es schon positive Veränderungen:

Gesetze werden geändert, um das Recht auf Selbstbestimmung wiederherzustellen.

Irland hat sein Gesetz im Jahr 2023 geändert.

Jetzt können Menschen eine Person ihres Vertrauens auswählen, die ihnen hilft, Entscheidungen zu treffen.

Auch **Zypern** verändert sich.

Die Regierung gibt Geld für die Unterstützung von Menschen mit intellektueller Behinderung.

In **Polen und Italien** gibt es Projekte, die:

- die Gemeinschaft starker einbinden.
- Informationen zugänglicher machen.
- das Treffen von Entscheidungen im Alltag üben.
- das Selbstvertrauen von Menschen mit intellektueller Behinderung stärken.

Diese Projekte stellen barrierefreie Informationen bereit und unterstützen Gemeinschaften.



Menschen über Entscheidungs·findung schulen

1. Richter

In **Ungarn** gab es eine Schulung für Richter*innen.

Die Richter*innen machten praktische Erfahrungen um unterstützte Entscheidungsfindung besser zu verstehen.

In **Spanien** hat eine Beratung für Richter*innen geholfen, neue Gesetze richtig anzuwenden und die Rechts·fähigkeit bei der Entscheidungs·findung zu respektieren.

„Die Schulung hat mir sehr gut gefallen; sie hat mir eine andere Perspektive eröffnet. Besonders wichtig war, dass auch Menschen mit Behinderungen zu Wort kamen.“ (Richter aus Ungarn)

2. Unterstützer*innen und Familien·angehörige

Schulungen für Unterstützer*innen und Familien·angehörige sind wichtig.

Schulungen bringen bei, wie sie uns im Alltag und bei der Entscheidungs·findung unterstützen können.

In **Tschechien** und **Bulgarien** haben Schulung Unterstützer*innen geholfen:

- besser zu kommunizieren.
- zu verstehen, was Menschen brauchen.
- zu verstehen, was unterstützte Entscheidungs·findung ist.
- zu lernen, Menschen mit intellektueller Behinderung zu vertrauen.

Menschen mit intellektueller Behinderung haben besseren Zugang zu Informationen, um Entscheidungen zu treffen.



In **Schweden** und **Deutschland** haben Menschen mit intellektueller

Behinderung Zugang zu Informationen in Leichter Sprache über:

- ihre Rechte.
- was ein Vormund tun darf.
- was ein Vormund nicht tun darf.
- wie man den Vormund wechselt.
- wie viel die Dinge kosten.

Inclusion **Czechia** hat Ratgeber in Leichter Sprache erstellt, die Menschen verstehen helfen:

- welche Rechte wir haben, in Bezug auf unseren Körper.
- wie verschiedene Beziehungen funktionieren.
- welche Entscheidungen es über das Privatleben gibt.

In **Spanien** gibt es mehr Informationen in Leichter Sprache.

Diese gibt es in Banken und bei **Notaren**.

Diese Änderungen helfen Menschen mit intellektueller Behinderung dabei sich sicher und respektiert zu fühlen.

All diese Beispiele zeigen, dass unterstützte Entscheidungsfindung funktionieren kann.

Auch in Ihrem Land.



Was Sie tun können

Wenn Sie helfen möchten unterstützte Entscheidungs·findung in Ihrem Land zu ver·wirklichen:

- Sprechen Sie mit Freund*innen und Ihrer Familie über unterstützte Entscheidungs·findung.
- Bitten Sie um Informationen in Leichter Sprache.
- Schließen Sie sich einer Selbst·vertretungs·gruppe an.
- Teilen Sie Ihre Erfahrungen und erzählen Sie was unterstützte Entscheidungs·findung für Sie bedeutet.
- Organisieren Sie einen Workshop oder eine Veranstaltung und sprechen Sie über unterstützte Entscheidungs·findung.
- Finden Sie heraus, was Ihre Regierung macht und sagen Sie ihr, dass sich etwas für Sie und andere ändern muss.

Wenn Menschen mit intellektueller Behinderung und ihre Unterstützer*innen gemeinsam die Stimme erheben, hören Regierungen zu.

Ihre Stimme zählt.

Das Recht zu entscheiden liegt bei Ihnen.

Gemeinsam können wir dafür sorgen,
die unterstützte Entscheidungs·findung in ganz Europa zur Realität wird.



Glossar

Berater

Ein Berater ist eine Person, die Ihnen hilft, Entscheidungen zu verstehen und zu treffen.

Ein Berater kann Informationen erklären und bei Überlegungen helfen.

Ein Berater darf nicht für Sie entscheiden.

Gericht

Ein Gericht ist ein Ort, an dem rechtliche Entscheidungen getroffen werden.

Ein Richter arbeitet an einem Gericht.

Ein Richter kann über wichtige rechtliche Fragen entscheiden.

Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union

ist der Ort, an dem die nationalen Minister der Länder der Europäischen Union zusammenkommen.

Sie kommen zusammen, um Gesetze zu machen und sich über die Politik in der Europäischen Union zu beraten.

Der Rat der Europäischen Union wird auch Minister·rat genannt.

Europäische Kommissarin für Gleich·stellung

Die EU-Kommissarin für Gleich·stellung ist ein leitendes Mitglied in der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission macht Pläne und Vorschriften für die Europäische Union.

Die Kommissarin für Gleich·stellung setzt sich für die Rechte dieser Gruppen ein:

- Menschen mit Behinderungen.
- Frauen.
- ältere Menschen.
- Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung.
- Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund.

Europäische Strategie für Menschen mit Behinderungen

Die Europäische Strategie für Menschen mit Behinderungen ist ein Plan der Europäischen Union.

Der Plan schützt die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Der Plan gilt für die Jahre 2021 bis 2030.

Nach der Hälfte der Zeit überprüft die Europäische Kommission,

- was gut funktioniert hat.
- was noch geändert werden muss.
- welche neuen Maßnahmen erforderlich sind.

Dann ändert die Europäische Kommission den Plan, um ihn zu verbessern.

Dies wird Halb·zeit·über·prüfung genannt.

Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist ein Ort, an dem wichtige Entscheidungen der Europäischen Union getroffen werden.

Zum Beispiel: Gesetze.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments treffen diese Entscheidungen.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments vertreten alle Menschen, die in der Europäischen Union leben.

Alle fünf Jahre wählen die Menschen, die in der Europäischen Union leben, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus ihrem Land.

Vormund

Ein Vormund ist eine Person, die Entscheidungen für Sie treffen kann.

In Deutschland heißt diese Person für erwachsene Menschen nicht mehr Vormund, sondern 'rechtliche*r Betreuer*in'.

Ein Vormund kann entscheiden über:

- Ihr Geld.
- Ihr Zuhause.
- Ihre Gesundheit.

Vormund·schaft

Eine Vormund·schaft ist, wenn ein Gericht entscheidet, dass eine andere Person Entscheidungen für Sie treffen darf.

Diese Person wird als Vormund bezeichnet.

In Deutschland heißt diese Person für erwachsene Menschen nicht mehr Vormund, sondern 'rechtliche*r Betreuer*in'.

Einrichtungen

Einrichtungen sind Orte, an denen Menschen mit intellektueller Behinderung zusammen leben, mit anderen Menschen mit intellektueller Behinderung.

Sie leben getrennt von anderen Menschen.

Das nennen wir „segregiert“.

Oft geschieht dies gegen ihren Willen.

Menschen, die in Einrichtungen leben, müssen sich an die Regeln der Einrichtung halten und dürfen nicht selbst entscheiden.

Rechts·fähigkeit

Rechts·fähigkeit bedeutet, dass das Gesetz Sie als entscheidungs·fähig anerkennt.

Zum Beispiel um:

- einen Vertrag zu unterzeichnen.
- ein Bank·konto zu eröffnen.
- zu wählen.
- Entscheidungen über Ihre eigene Gesundheit zu treffen.

Wenn Ihnen das Gesetz diese Handlungen nicht erlaubt, sind Sie in Ihrer Rechts·fähigkeit ein·geschränkt.

Notar

Ein Notar ist eine Art von Rechts·anwalt.

Ein Notar kann Ihnen helfen:

- Rechts·dokumente und Verträge zu unterzeichnen.
- Dokumente zu beglaubigen.

Dienstleistungen

Unterstützung für Menschen mit intellektueller Behinderung.

Stell·vertretende Entscheidungs·findung

Stell·vertretende Entscheidungs·findung bedeutet,

dass jemand anderes für Sie entscheidet.

Dies geschieht häufig bei einer Vormund·schaft.

Unterstützte Entscheidungs·findung Unterstützte

Entscheidungs·findung bedeutet, dass Sie eigene

Entscheidungen treffen mit der Unterstützung, die Sie brauchen.

Unterstützung kann sein:

- Leicht verständliche Informationen.
- Hilfe beim Abwägen von Optionen.
- Hilfe dabei, Ihre Wünsche zu äußern.
- Hilfe dabei, Ihre Entscheidung mitzuteilen.

Die endgültige Entscheidung liegt weiterhin bei Ihnen.

Published by:

Inclusion Europe

Coordinator:

Helena Lambsdorff

Easy-to-read editor:

Soufiane El Amrani

Design by:

Klara Graah



**Co-funded by
the European Union**

Inclusion Europe is co-funded by the European Union.
This publication reflects the views only of the author.
The European Union cannot be held responsible for any
use which may be made of the information contained therein.